

Inhalt

Hebammen sind unverzichtbar	1/2
Verantwortungslos: Werkschließungen bei Siemens	1
Editorial	2
Ohne Crystal! Große Anfrage zu Bekämpfung des Crystal-Konsums	3
Zukunft des Erinnerns: Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur	4/5
Weiterbildung für alle	6
Die solare Revolution	
Mehr Transparenz für Sachsen	7
24h-Polizeireviere für Städte ab 10.000 Einwohner	
11. Sächsischer Klimakongress: Klima kennt keine Grenzen	8
Termine	
Impressum	

Hebammen sind unverzichtbar!

Schauburg Dresden. Regisseurin Carola Hauck ist mit ihrem Film „Die sichere Geburt – wozu Hebammen?“ zu Gast. Der Zuschauerraum ist voll, die meisten Gäste sind Frauen und einige sichtbar schwanger. Sie alle bewegt die Frage, was eine ‚gute‘ Geburt ausmacht, wo und unter welchen Umständen sie diese erleben können. Im Film ist die Antwort eindeutig: Eine sichere, natürliche Geburt braucht Ruhe und am besten eine 1:1 Betreuung durch eine Hebamme. Die werdende Mutter muss Ort und Ablauf so weit wie möglich selbst bestimmen können.

Sachsen ist deutschlandweit Geburten-spitzenreiter und gehört zu den Bundesländern mit den niedrigsten Kaiserschnitttraten. Der Blick auf die Geburtshilfe zeigt eine im Vergleich hohe Qualität mit einem relativ dichten Netz an Geburtshilfestationen. Frauen berichten positiv von ihren Erfahrungen mit der hiesigen Geburtshilfe und ihren Hebammen. Es ist aber keineswegs selbstverständlich, dass es so bleibt. Auch in Sachsen schließen die Geburtsstationen, zahlreiche Hebammen haben ihren Beruf aufgegeben. Das betrifft sowohl die freiberuflichen, als auch die Klinikhebammen. Die Gründe sind vielfältig: steigende Haftpflichtbeiträge, zu geringe Vergütungen, viele Altersabgänge und aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen fehlender Nachwuchs.

Volkmar Zschocke, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Landtag und deren sozialpo-

litischer Sprecher, beschäftigt das Thema seit vielen Jahren. In der Podiumsdiskussion, die sich an den Film in der Schauburg anschloss, betonte er, dass alle Beteiligten trotz der bekannten Schwierigkeiten nach Lösungen suchen müssen: „Wir können nicht in der Problembeschreibung stecken bleiben, das hilft niemandem.“ Seine Ziele sind anspruchsvoll: „Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern über den Geburtsort sichern und die hohe Qualität der ambulanten und stationären Geburtshilfe erhalten und weiterentwickeln. Für die Förderung einer gesunden Schwangerschaft, einer möglichst interventionsarmen Geburt und die gute Nachsorge sind Hebammen unverzichtbar.“

Verantwortungslos: Siemens-Werkschließungen in Görlitz und Leipzig

In Görlitz und Leipzig droht die Schließung von Siemens-Standorten. Solidarisch mit den Beschäftigten fordern wir das Management auf, die Entscheidung unter Berücksichtigung der Auswirkungen kritisch zu prüfen. Mit der Bedeutung eines Unternehmens wächst auch seine Verantwortung für Zukunft und Stabilität seines Umfelds. Das gilt insbesondere für Standorte, an denen es einer der wichtigsten

Arbeitgeber ist. Alle, auch die Siemens AG, verlieren am Ende, wenn die soziale und politische Stabilität gefährdet wird.

Wir weisen zudem die Versuche zurück, die Standortentscheidungen zu einer weiteren Diskreditierungskampagne gegen die Energiewende zu missbrauchen und damit die betroffenen Beschäftigten gegen ihre Zukunftschancen zu instrumentalisieren.

Siemens ist ein global agierender Konzern und die Energiewende ein globaler Megatrend. Gerade für Sachsen als „Land der Ingenieure“ böten sich Perspektiven, wenn die Staatsregierung endlich ihre Möglichkeiten auf die Wirtschaftszweige von morgen fokussiert, statt unter Inkaufnahme immer neuer Risiken Vergangenheit wie in der Braunkohlewirtschaft konserviert.

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit dem Erscheinen der letzten SaxGrün ist ein halbes Jahr vergangen. Nach dem politischen Erdbeben, das den Wahlergebnissen der Bundestagswahl in Sachsen folgte, fühlt es sich allerdings wie eine Ewigkeit an. Kultusministerin Brunhild Kurth erklärte ihren Rücktritt aus persönlichen Gründen, Stanislaw Tillich inthronisierte rasch einen Nachfolger als Ministerpräsident, weil er sich seinem Amt nicht mehr gewachsen fühlt. Die CDU in Sachsen, abgestürzt in der Gunst der Wählerinnen und Wähler, ist verunsichert, wie es weiter gehen soll. Zu einer wirklichen Änderung scheinen ihre Protagonisten dennoch nicht bereit zu sein.

Jedenfalls setzte der Reflex, andere für selbst verursachte Probleme zu brandmarken, schnell ein: Frau Merkel/der Bund war's, die Flüchtlinge, die Grünen...

Dass Vieles in Sachsen selbst im Argen liegt, kam eher als Randnotiz daher. Dabei

beschäftigen uns die Personalprobleme im Bildungsbereich, bei Polizei und im Justizvollzug, die Blockade der anstehenden Energiewende oder die mangelhafte Digitalisierung seit vielen Jahren.

Während die Vertreter der sächsischen CDU offenbar bis zur Wahl in ihrer heilen Parallelwelt lebten, wuchs bei Bürgerinnen und Bürgern der Frust. Gleichzeitig traf die über Jahre eingeübte Haltung, Einmischung unerwünscht, die CDU kümmert sich, Sachsens selbst ernannte Staatspartei wie ein Bumerang. Jetzt sollen sich eben andere, scheinbar ‚starke Führer‘ der Probleme annehmen und schnell Lösungen präsentieren. Ist doch alles ganz einfach. Dass Demokratie Streit über verschiedene Lösungsansätze von sehr unterschiedlich denkenden Menschen und Aushandeln von Kompromissen bedeutet, kommt in diesen Gedankenwelten nicht vor.



Foto: Szymanowski

Wir haben erhebliche Zweifel daran, ob sich diese Grundhaltung mit der Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Luft auflöst. Dabei wäre es die Voraussetzung dafür, über die Lösungswege der bekannten Probleme in einen konstruktiven Streit zu kommen. An Ideen mangelt es nicht.

Anne Vetter
anne.vetter@slt.sachsen.de

GRÜNE Fraktion hat Runden Tisch „Geburt und Hebammenversorgung in Sachsen“ einberufen

Während die Regierungen in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Thüringen oder Bayern schon vor Jahren das Problem erkannt und an sogenannten ‚Runden Tischen‘ gemeinsam u.a. mit Hebammenverbänden, Vertretern von Ärzten und Krankenkassen versuchen, dem Mangel an Hebammen zu begegnen, bewegte sich in Sachsen lange nichts. Die jeweiligen Sozialministerinnen bedauerten zwar die Situation, doch lösen sollte die Probleme der Bund, insbesondere wenn es um die stark ansteigenden Haftpflichtprämien ging. Nicht einmal der Frage, wie viele Hebammen überhaupt in Sachsen tätig sind und wie viele für eine flächendeckende Versorgung notwendig wären, wurde mit der Begründung „nicht meine Zuständigkeit“ nachgegangen.

Die Unterstützung der GRÜNEN Forderung nach einem Programm zur Sicherung der Hebammenversorgung in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/18 brachte die lang benötigte Wende. Damit die im Haushalt veranschlagten 350.000 Euro auch zielführend eingesetzt werden, legte die GRÜNE-Fraktion nach und gründete in Kooperation mit dem Sächsischen Hebammen-

verband e.V. den Runden Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung in Sachsen“. Im März und Oktober fanden die ersten beiden Treffen statt. Sozialministerin Barbara Klepsch (CDU) sowie Vertreterinnen der Fraktionen SPD und LINKE folgten der Einladung. Auch Landesärztekammer, Krankenhausgesellschaft, Krankenkassen, Vertreter der Hebammenwissenschaft, des Landesfrauenrats, Familienverbände und Elternvertreter kamen, um gemeinsam Ideen für die Umsetzung des Programms zu entwickeln.

Der Runde Tisch wirkt – erste Ergebnisse liegen vor

Sozialministerin Klepsch machte am ersten Runden Tisch deutlich, dass die 175.000 Euro pro Jahr in enger Abstimmung mit den Hebammen eingesetzt werden sollen. Im Mai 2017 wurde die Ausgestaltung des Landesprogramms durch einen gemeinsamen Antrag der GRÜNEN mit der CDU/SPD-Koalition festgelegt. Erste Punkte sind bereits umgesetzt. Seit September wird eine Koordinierungsstelle des Sächsischen Hebammenverbandes e.V. finanziert. Diese soll Hebammen bei der Berufsausübung unterstützen und über Fördermöglichkeiten des Landes informieren. Durch das Programm können Hebammen, die Auszubildende im 12-wöchigen Praxisteil begleiten, finanziell unterstützt werden.

Der Runde Tisch macht weiter Druck!

Ein 3. Runder Tisch ist für das kommende Jahr geplant. Dann geht es um die Studie zur Hebammenversorgung in Sachsen, die derzeit im Auftrag des Ministeriums erarbeitet wird. Diese soll den dringend benötigten Überblick über die Versorgung mit Hebammenleistungen geben.

Wir machen außerdem Druck, dass das Ministerium die Förderrichtlinie zum Landesprogramm zügig erarbeitet und veröffentlicht. Die Hebammen brauchen Klarheit, was in Zukunft gefördert wird. Unsere Fraktion regt u.a. Starthilfen für Praxisgründungen sowie Zuschüsse für die außerklinische Geburtshilfe in unterversorgten Regionen an.

Durch den Runden Tisch und mit dem Landesprogramm werden nicht alle Probleme der Berufsgruppe gelöst. Aber dank der vielen Beteiligten gibt es endlich die Möglichkeit, Wege aufzuzeigen, wie die natürliche und selbstbestimmte Geburt gestärkt werden kann.

Weitere Informationen

Informationen rund um die Hebammen-Rettung
<http://bit.ly/gruen-Hebamme>

Schaffen wir ... ohne Crystal.

GRÜNE-Fraktion reicht Große Anfrage zum Stand von Prävention und Bekämpfung des Crystal-Konsums in Sachsen ein

Als die Stadt Dresden 2015 in einer Plakatkampagne vor der Droge Crystal Meth warnt, sind die Reaktionen irritiert. Denn nicht nur junges Partyvolk ist Teil und Ziel der Botschaft sondern auch eine junge Familie. „Karriere, Kinder Haushalt? Schaffen wir... ohne Crystal. Und ihr?“ Die Verantwortlichen für die Kampagne hatten das Motiv sehr bewusst gewählt. Denn Daten zeigen nicht nur, dass der Crystal-Konsum in Sachsen im Vergleich mit den anderen Bundesländern sehr hoch ist, sondern auch, dass die Droge in allen gesellschaftlichen Schichten konsumiert wird.

Crystal macht wach, euphorisch, leistungsfähig und passt somit bestens in unsere Zeit. Es gelangt vor allem über Tschechien nach Deutschland und ist aufgrund der Grenz Nähe in Sachsen billiger und leichter zu haben als jede andere illegale Droge.

Crystal weiterhin illegale Problem-Droge Nr. 1

Laut Suchtbericht 2016 der Landesstelle gegen Suchtgefahren suchen 80 Prozent der Crystal-Klienten im Alter von 20 bis 35 Jahren professionelle Hilfe. Der Anteil der unter 20-Jährigen beträgt neun Prozent. Der Frauenanteil ist mit 34 Prozent im Vergleich zu anderen Konsumentengruppen im Bereich der illegalen Drogen sehr hoch. Die Folgen sind beispielsweise auch auf den Geburtsstationen der sächsischen Krankenhäuser sichtbar. Mindestens einmal pro Woche kommt ein Baby zur Welt, das durch den Crystal-Konsum der Mutter geschädigt ist.

Die GRÜNE-Fraktion hatte die Staatsregierung bereits Anfang 2013 auf die Gefahren von Crystal hingewiesen und ein Sofortprogramm zur Stärkung der Suchthilfe gefordert, um auf die besorgniserregende Entwicklung zu reagieren. 2014 wurde ein 10-Punkte-Plan zur Prävention und Bekämpfung des Crystal-Konsums veröffentlicht.

Was hat der 10-Punkte-Plan beim Kampf gegen Crystal bewirkt?

Das ist jetzt gut drei Jahre her. Wir wollen wissen, welche Ankündigungen umgesetzt worden sind. Grundlage der weit über 100 Fragen an die Staatsregierung sind die drei Säulen des 10-Punkte-Plans: Prävention durch Information, Beratung im Zusammenwirken mit Behandlung sowie Repression. Besonders interessiert die GRÜNE-Fraktion, wie die Aufklärung zu Crystal und die Hilfe an Schulen organisiert ist. Zudem nehmen wir die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen und die Strafverfolgung der vergangenen drei Jahre in den Blick.

Neue Aufgaben außerhalb des 10-Punkte-Plans

Allerdings finden sich nicht alle Problemfelder und Aufgaben im 10-Punkte-Plan wieder. In unserem Fokus stehen die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Jugendarbeit, Hilfen für von Crystal abhängige Eltern und der Kinderschutz, Suchttherapieangebote in den Justizvollzugsanstalten und Maßnahmen zur Schadensreduzierung.

Die Gefahren der Droge Crystal scheinen zwar langsam ins öffentliche Bewusstsein zu dringen. Grund zur Entwarnung gibt es jedoch nicht. Sachsen darf im Kampf gegen Crystal nicht nachlassen.

Weitere Informationen

Große Anfrage:

➔ <http://bit.ly/ggruen-GACrystal>

Informationen zu Crystal:

➔ <http://bit.ly/gruen-Crystal>

Zukunft des Erinnerns

Erinnern muss lebendig bleiben – Planlosigkeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird zum Problem

Menschenrechtsverbrechen im Nationalsozialismus, Unrecht und politische Verfolgung im DDR-Regime – alles lange her, warum also noch erinnern? Weil wir daraus lernen können, warum Demokratie nicht selbstverständlich ist und wie eine Diktatur entstehen kann, in der Ausgrenzung System hat.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat es sich zum Ziel gesetzt, historisch-politische Bildung und die Auseinandersetzung mit Diktaturen zu stärken. Gerade weil junge Menschen heute nicht mehr ohne Weiteres einen Bezug zu dieser Geschichte haben. Der Generationswechsel und neue Rezeptionsgewohnheiten stellen die Erinnerungskultur vor große Herausforderungen. Gedenkstätten als zentrale Orte der Erinnerung könnte im Rahmen dieser Entwicklung eine größer werdende Bedeutung zukommen. Damit sie wahr- und ernst genommen werden, müssen sie jedoch dringend modernisiert werden.

Angesichts dieser Herausforderungen wollen wir den Stillstand bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in puncto Entwicklungsperspektiven nicht länger hinnehmen. Ausgangspunkt der Initiative der GRÜNEN-Landtagsfraktion zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit ist die seit vielen Jahren ausstehende Entwicklungskonzeption der Stiftung. Seit 2009 ist der Bedarf für Leitlinien zur inhaltlichen Ausrichtung, zum Bildungsauftrag, zur finanziellen und personellen Entwicklung der einzelnen Gedenkstätten und zur Förderstrategie offensichtlich. Ohne diese Basis kann auch der Landtag nicht fundiert über die finanzielle Unterstützung der Stiftung beraten.

Anstatt einer ordentlichen Konzeption gibt es bis heute nur die öminösen Eckpunkte von Geschäftsführer Siegfried Reiprich, die in irgendeiner Schublade auf ihre Wiederentdeckung warten. Ein offener Austausch in Fachkreisen existiert seit langem nicht mehr. Auf der anderen Seite hagelt es von vielen Seiten Kritik an der Förderpraxis der Stiftungsführung und der Fehlsteuerung gegenüber den eigenen



Claudia Maicher (l.) im Gespräch mit Anja Kruse in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Gedenkstätten. Mit anderen Worten – das Gesamtbild ist verheerend.

Dr. Claudia Maicher, kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, hat in den vergangenen Monaten einen intensiven Austausch mit vielen Engagierten begonnen. Bei Gedenkstättenbesuchen, einem Fachgespräch und der Anhörung zu unserem Antrag zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur ist klar geworden, dass die Stiftung derzeit weitgehend von den bundesweiten Diskursen über Erinnerungskultur abgekoppelt ist. Einrichtungen und bürgerschaftliche Initiativen können sich kaum einbringen. Das vorhandene Potenzial einer vielfältigen und zeitgemäßen Entwicklung der Gedenkstättenarbeit wird so verspielt.

Die Verantwortung tragen Geschäftsführer Reiprich aber auch der Stiftungsrat als Kontrollorgan. Politik darf die Inhalte des Gedenkens nicht vorgeben, aber sie sollte eine pluralistische, bürgerschaftlich getragene und an wissenschaftlichen Standards orientierte Gestaltung des Erinnerns

ermöglichen. Deshalb sehen wir auch die ausweichende Haltung von Kulturministerin Dr. Eva-Maria Stange (SPD) kritisch. Sie muss sich vor allem dafür einsetzen, dass die Akteure eine breite Diskussion führen können.

Mit unserem Engagement haben wir zumindest die Diskussion wieder in Gang gesetzt. Es gab viel Zuspruch von großen Teilen der Erinnerungsszene. Die Stiftung muss nun endlich handeln, damit Erinnern in Sachsen wieder eine Zukunft hat.

Weitere Informationen

Antrag „Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln“ (Drs. 6/9610):

- ➔ <http://bit.ly/gruen-AnGedenkstätten>
Infos zu Gedenkstättenbesuchen und Ergebnissen des Fachgesprächs und der Anhörung:
- ➔ <http://bit.ly/gruen-Gedenkstätten>

Für den Aufbau der KZ-Gedenkstätte Sachsenburg

Das KZ Sachsenburg gehörte zu den ersten Inhaftierungsstätten der SA, die nach der Machtergreifung der NSDAP im Juni 1933 errichtet worden waren. Eine Gedenkstätte am historischen Ort soll künftig zeigen, wie der nationalsozialistische Terror in Unterdrückung, Unmenschlichkeit und Folter mitten in Deutschland seinen Anfang nahm. Seit 2012 ist gesetzlich geregelt, dass die Sächsische Gedenkstättenstiftung den neuen Ort institutionell fördern kann. Dennoch passierte lange Zeit nichts.

Im August dieses Jahres traf sich Claudia Maicher mit Engagierten in Sachsenburg, um sich über den aktuellen Stand zum Aufbau des Ortes als wichtige Erinnerungsstätte auszutauschen. Die wissenschaftliche Erforschung und konzeptionelle Überlegungen sind im Sommer 2017 bereits weit gediehen. Die Initiative Klick um die 26-jährige Lehrerin für Geschichte und Kunst, Anna Schüller, und die Lagerarbeitsgemeinschaft stehen in den Startlöchern, um mit dem Aufbau

einer Dauerausstellung inklusive entsprechender Bildungsangebote zu beginnen.

In der Stadt Frankenberg wurde die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Textilfabrik lange vor sich hergeschoben. Der Aufbau als Erinnerungsort schien den Verantwortlichen eher unangenehm zu sein. Jetzt liegt ein Konzept vor und die nächsten Schritte sind geplant. Die erhöhte Aufmerksamkeit durch den Besuch von Claudia Maicher hat auch ein Nachdenken darüber angeregt, ob die Kommandanten-Villa, wie von der Stadt geplant, abgerissen werden soll, obwohl sie ein wichtiger Teil des Gebäudeensembles ist.

Mit Blick auf die Beratungen für den Staatshaushalt im kommenden Jahr erwartet die GRÜNE-Fraktion von der Gedenkstättenstiftung, dass sie alle Beteiligten an einen



Gespräch in Sachsenburg, Claudia Maicher (r.) mit Anna Schüller

Tisch holt und einen konkreten Fahrplan bis zur institutionellen Förderung erstellt. Die aktive Moderation in Sachsenburg ist keine Gefälligkeit, sondern folgt aus dem geänderten Stiftungsgesetz.

Weitere Informationen

Besuch Sachsenburg

<http://bit.ly/gruen-Sachsenburg>

Akten sind Fakten?! GRÜNE Vorschläge zur künftigen Aufarbeitung von MfS-Unrecht in Sachsen

Auch wenn es schon 27 Jahre her ist, bewegen die während der Friedlichen Revolution sicher gestellten Akten der Staatssicherheit bis heute die Gemüter. Das Interesse an den Stasiunterlagen ist sowohl bei Betroffenen als auch in Wissenschaft und Bildung ungebrochen.

Allerdings sind die Außenstellen der Stasi-Unterlagenbehörde in den ‚neuen‘ Bundesländern nicht auf die dauerhafte Archivierung von Akten ausgelegt. Auch in den sächsischen Standorten Leipzig, Dresden und Chemnitz droht der Zahn der Zeit zu erledigen, was der Stasi zum Ende der DDR nicht geglückt ist – die Zerstörung der Dokumente.

Um diese Probleme wissend, hatte der Bundestag in der letzten Legislaturperiode eine Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen (BStU) eingesetzt. Im Mitte 2016 vorgelegten Abschlussbericht wurde unter anderem die Reduzierung der Außenstellen auf eine in jedem ‚neuen‘ Bundesland empfohlen.

In einem Artikel in der Leipziger Volkszeitung machte sich Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow (CDU) Anfang des Jahres 2017 den Vorschlag zu eigen und favorisierte

als einzigen Archivstandort im Freistaat seine Heimatstadt Leipzig. Dieser Vorstoß war insofern heikel, da der Sächsische Landtag erst Anfang 2016 auf Initiative von CDU und SPD den Erhalt aller drei Standorte beschlossen hatte. Die Debatte um die Zukunft der DDR-Aufarbeitung kam erneut ins Rollen.

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahm den Ball auf und hat nun in einem Positionspapier ihre Grundsätze zur Zukunft der Aufarbeitung des MfS-Unrechts in Sachsen beschrieben.

Für uns liegt das Hauptaugenmerk auf der Sicherung der Akten, insbesondere auf ihrer Zugänglichkeit. Dahinter steht die Überzeugung, dass nicht die Akte die Errungenschaft der Friedlichen Revolution ist, sondern die ungehinderte Möglichkeit, sie zu lesen.

Bevor wir eine Empfehlung für einen oder mehrere Archiv-Standorte abgeben können, sind belastbare Schätzungen über die Kosten eines Archivneubau einerseits und die Ertüchtigung bestehender Bauten andererseits notwendig. Ungeachtet der Frage, wo die Akten archiviert werden sollen, müssen die Beratungsleistungen des Bundesbeauftragten weiterhin an verschiedenen Stellen möglich sein. Es wäre aus unserer Sicht

lohnenswert, über den Ausbau der mobilen Beratung vor Ort nachzudenken.

Wichtig wäre uns außerdem, die derzeit nur punktuelle Zusammenarbeit zwischen den sächsischen Gedenkstätten und den Außenstellen für Stasi-Unterlagen zu verstetigen. Eine enge Verzahnung bietet die Chance, dass sich Besucherinnen und Besucher am historischen Ort über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit und DDR-Unrecht informieren und gleichzeitig Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können.

Weitere Informationen

Positionspapier Stasi-Unterlagenbehörde
<http://bit.ly/gruen-PoMfSUnrecht>



Publikation zum Thema

Broschüre „Erinnern braucht Zukunft“:
<http://bit.ly/gruen-BroschuereGedenken>

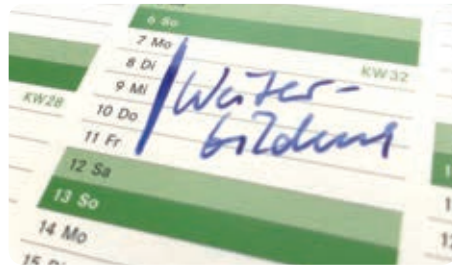
Keine Ausreden mehr – Weiterbildung für alle

GRÜNE bringen Gesetz für Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung ein

Das Wissen der Welt verdoppelt sich alle fünf bis zehn Jahre. Eine Berufs- oder Hochschulbildung reicht längst nicht mehr für das ganze Arbeitsleben. Lebenslanges Lernen ist daher nicht von ungefähr stehender Begriff wie permanenter Anspruch.

Doch leider verhält es sich mit dem Lernen ähnlich wie mit guten Vorsätzen. In Sachsen liegt die Zahl der Menschen, die in den letzten Jahren an einer Weiterbildung teilgenommen haben, bei nur zwölf Prozent. Damit ist ihr Anteil zwar gestiegen. Der Abstand zum deutschen Spitzenreiter Baden-Württemberg mit 15 Prozent bleibt jedoch deutlich. Außerdem existieren im Freistaat relativ große regionale Unterschiede. Im Landkreis Nordsachsen beträgt die Weiterbildungsquote z.B. bescheidene 7,8 Prozent.

Angesichts dessen reicht es nicht aus, Fortbildungen einzig vom Wohlwollen des Arbeitgebers abhängig zu machen. Deshalb hat die GRÜNE-Landtagsfraktion ein



Bildungsfreistellungsgesetz in den Landtag eingebracht. Die Beschäftigten in Sachsen sollen erstmals einen Rechtsanspruch auf Freistellung von der Arbeit zum Zweck der Weiterbildung unter Fortzahlung eines Arbeitsentgelts für zehn Arbeitstage in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren erhalten. Anspruchsberechtigt sind alle, die im Sinne des Gesetzes als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer tätig sind, ebenso Auszubildende und andere nicht Selbstständige.

Damit auch Beschäftigte kleiner Firmen von Weiterbildungen profitieren können, ist im Gesetzentwurf ein finanzieller Ausgleich

für die Freistellung von Personal vorgesehen. Dies betrifft Betriebe mit weniger als zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir zudem politische und allgemeine Weiterbildung ermöglichen. Denn nur wer über gesellschaftliche Zusammenhänge informiert ist, kann sich einbringen, Verantwortung übernehmen und unser Land mitgestalten. Wir wollen politische Bildung fördern. Die Bürgerinnen und Bürger sollen staatsbürgerliche Rechte und Pflichten wahrnehmen und gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch beurteilen können, denn Demokratie bedarf der ständigen Pflege. Und politische Bildung ist nichts anderes als Demokratie-Pflege.

Weitere Informationen

Eckpunktepapier:

<http://bit.ly/gruen-GEBildungsfreistellung>

Die solare Revolution hat gerade begonnen. Die sächsische Industrie sollte dabei sein.

Die Solarworld-Produktionsstätten sind verkauft, die Mitarbeiter in die neue Solarworld Industries GmbH oder in eine Transfergesellschaft übernommen.

Ist das ein Grund, sich beruhigt zurückzulehnen, weil Schlimmeres in letzter Minute abgewendet werden konnte? Ganz sicher nicht. Die Solarindustrie an den Standorten Freiberg und Arnstadt und damit gleichzeitig der letzte Schwerpunkt industrieller Fertigungskompetenz für Solarzellen in Europa hat eine zweite Chance bekommen.

Es ist dringend an der Zeit, dass die strategische Bedeutung der innovativen Solarzellenproduktion erkannt wird. Die Solarzelle ist das Basisbauelement des Solarzeitalters, so wie der Halbleiterchip das Basisbauelement des Digitalzeitalters ist. Wer auf diesen entscheidenden Stufen der Wertschöpfungskette eigene Entwicklungsmöglichkeiten verliert, macht sich in allen weiteren Stufen von strategischen Entscheidungen der Zulieferer abhängig.

Ohne eine gemeinsame Kraftanstrengung in der Schlüsselbranche Solarindustrie können selbst innovative Hersteller und Installateure von Solarmodulen und -anlagen

künftig nur so wettbewerbsfähig sein wie die beste Solarzelle, die ihnen ein asiatischer Zulieferer zu verkaufen bereit ist.

Deshalb ist die zweite Chance für Solarworld vor allem ein Weckruf für die Politik, sich um die Rahmenbedingungen ernsthaft Gedanken zu machen. Der Weggang von Schlüsselindustrien und -kompetenzen nach Asien ist nicht unausweichlich. Lohnkosten sind in der Technologiebranche kein ausschlaggebender Faktor. Die Innovation im Anlagenbau für diese Industrie – eine wichtige Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit – findet noch in Europa statt.



Wir brauchen insbesondere Förderung von Investitionen in die entscheidenden, aber riskanten Technologiesprünge. Das kann durch Beihilfen und Bürgschaften erfolgen. Wie in der Mikroelektronik brauchen wir Unterstützung bei der Bündelung der europäischen Kompetenzen in Forschung und Entwicklung und wirksame Hilfe bei der Zusammenarbeit in industriellen Clustern, die große Teile der Wertschöpfungskette bis zurück zum Prozessentwickler und Industrieanlagenbauer umfassen müssen.

Jetzt, da die fossilen Wiederbelebungsversuche der Trump-Administration den US-Wettbewerbern in den Industrien für erneuerbare Energien einen schweren Klotz ans Bein binden, sind die Chancen für einen großen Schritt in Richtung neue globale Wettbewerbsfähigkeit einer europäischen Solarindustrie gegeben. Wir müssen sie nutzen.

Weitere Informationen

Positionspapier:

<http://bit.ly/gruen-PosSolarindustrie>

Mehr Transparenz für Sachsen – GRÜNE legen Gesetzentwurf vor

In Sachsen sind Bürgerinnen und Bürger Bittsteller, wenn sie Informationen oder Dokumente von Ämtern bzw. Behörden benötigen. Im schlechtesten Fall müssen sie für die Auskunft auch noch zahlen. Dieser Handel mit Herrschaftswissen ist nicht mehr zeitgemäß. Die GRÜNE-Fraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf entwickelt, der in der Verwaltung einen Kulturwandel hin zu mehr Transparenz einleiten soll.

Verschiedene Studien bestätigen dieses Ansinnen. Über 80 Prozent der Befragten befürworten die Veröffentlichung von staatlichen Informationen und Dokumenten, solange sie nicht personenbezogen sind. Die Befragten erhoffen sich, dadurch stärker am politischen Geschehen teilhaben zu können.

Sachsen gehört neben Bayern und Hessen zu den Bundesländern, in denen der Anspruch auf Informationsfreiheit noch nicht gesetzlich

verankert ist. Vorreiter war 1998 Brandenburg, das als erstes Bundesland ein Informationsfreiheitsgesetz beschlossen hatte. Der Bund zog 2006 nach. Einen Schritt weiter sind Hamburg und Rheinland-Pfalz, die 2012 und 2015 Transparenzgesetze verabschiedet haben. Sie garantieren ein umfassendes Informationsrecht, indem vorhandene Daten unmittelbar der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ein Antrag ist nicht mehr notwendig.

Um die bestehende Regelungslücke in Sachsen auszugleichen, haben die Stadtverordneten der Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz jeweils eine eigene Informationsfreiheitssatzung verabschiedet. Der Ort Brandis beteiligt sich an einem Pilotprojekt „Modellkommune Open Government“ des Bundes.

Das jetzt von der GRÜNEN-Landtagsfraktion vorgelegte Transparenzgesetz sieht



eine Veröffentlichungspflicht der Informationen des Freistaates, der Landkreise und der Kommunen vor. Bürgerinnen und Bürger sollen, ohne Angabe von Gründen, Zugang zu allen relevanten Informationen erhalten. Dies fördert nicht nur die Kontrolle staatlichen Handels, sondern auch das Vertrauen in den Staat.

Weitere Informationen

Eckpunktepapier:

➔ <http://bit.ly/gruen-EPTransparenz>

Gesetzentwurf:

➔ <http://bit.ly/gruen-GETransparenz>

Transparenzranking:

➔ <https://transparenzranking.de/>

Zur Zeit geschlossen

GRÜNE-Fraktion fordert 24-Stunden-Polizeireviere für Städte ab 10.000 EinwohnerInnen sowie eine Überarbeitung des Sparprogramms „Polizei.Sachsen.2020“

Können Sie sich vorstellen, in einer Stadt mit 34.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu leben, in der der Supermarkt um die Ecke länger geöffnet hat als die Polizeistation? Finden Sie die Vorstellung auch unerträglich, dass die Polizei bei einer Schlägerei deutlich später ankommt als der Notarzt?

Seitdem im Jahr 2013 die Polizeireform „Polizei.Sachsen.2020“ in Kraft getreten ist, mussten landesweit 30 Polizeistationen zusammengelegt und 32 Polizeireviere geschlossen werden. Ziel des unter CDU und FDP aufgelegten Sparprogramms war es 1.000 Stellen abzubauen. Im Ergebnis ist das ehemalige Polizeirevier Coswig-Radebeul nur noch ein Polizeiposten ohne feste Öffnungszeiten. Ähnlich erging es Limbach-Oberfrohna (ca. 26.000 Einwohner), Schkeuditz (ca. 18.000 Einwohner), Heidenau (knapp 17.000 Einwohner) und vielen mehr. Insgesamt hat sich seit 2009 die Zahl der Polizeibeamten, die in Revieren und Standorten tätig sind, um zehn Prozent verringert.

Die Folgen dieser jahrelangen Sparpolitik bekommen die Bürgerinnen und Bürger zu spüren, wenn sie, etwa bei einem

Verkehrsunfall, sehr lange auf die gerufene Polizei warten müssen oder Ermittlungen in Strafsachen im Sande verlaufen. Besonders deutlich wurden die Defizite im Frühjahr 2016, als ganz Deutschland auf eine überforderte Polizei in Clausnitz schaute, die es nicht vermochte, einen Bus mit Flüchtlingen



vor aggressiven Einwohnern zu schützen. Erst zu diesem Zeitpunkt wachte der CDU-Ministerpräsident auf und kündigte an, 1.000 Polizistinnen und Polizisten neu einzustellen. Allerdings dauert der Stellenaufbau voraussichtlich noch bis 2024. Nach wie vor in Kraft ist jedoch die Polizeireform von 2013, die einen Stellenabbau vorsieht.

Was gilt denn nun, fragte sich auch die GRÜNE-Fraktion und forderte mit einem Antrag Klarheit, ergo die Überarbeitung des Projekts „Polizei.Sachsen.2020“. Außerdem setzt sie sich für die (Wieder-)Einrichtung von 24-Stunden besetzten Polizeirevieren in allen Städten mit über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein. Die Polizei sollte so aufgestellt werden, dass sie bei Gefahr für Leib und Leben innerhalb von 20 Minuten vor Ort sein kann. Der Antrag wurde zwar im Plenum abgelehnt. Doch einige CDU-Stadträte haben vor Ort Handlungsbedarf entdeckt und setzen den Innenminister unter Zugzwang.

Weitere Informationen

GRÜNER Antrag: Kein „Weiter so“ beim Projekt „Polizei.Sachsen.2020“ – Rückzug der Polizei aus der Fläche stoppen, Polizeireviere wieder einrichten und Feinkonzept aktuellen Stellenentwicklungen anpassen

➔ <http://bit.ly/gruen-AnPolizei>

Termine

15. Januar 19 Uhr

Leerstand als Chance? Wie lassen sich Denkmale erhalten?

Diskussion
Leisnig

24. Januar 19 Uhr

Erweiterung des Biosphärenreservates Mittelelbe nach Sachsen – Chance und Impuls für die Region?

Diskussion
Torgau

6. Februar 19 Uhr

Sozialer Wohnungsbau – Mietermitbestimmung von Anfang an!

Diskussion
Dresden

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Publikationen



Bestellen

Unsere Publikationen können per E-Mail bestellt werden:
publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Klimakongress 2017: Zeit für neue Allianzen



Klima kennt keine Grenzen lautete der Titel des 11. Klimakongress' der GRÜNEN-Landtagsfraktion am 2. Dezember in Dresden. In Zeiten zunehmender Egoismen und Abschottung, bietet der Klimaschutz die Chance für eine Gegenbewegung. Denn ebenso wie der Klimawandel alle betrifft, können auch Lösungen nur gemeinsam gefunden werden. „Auch wenn Regierungen und große Unternehmen blockieren, stagnieren oder sich sogar rückwärts bewegen, ist es sinnvoll und rational vernünftig, auf der jeweiligen Ebene darunter trotzdem zu handeln – also in den einzelnen Bundesländern und Kommunen“, appellierte Volkmar Zschocke, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, an die TeilnehmerInnen.

Die Input-Vorträge am Vormittag widmeten sich Kooperationen in Politik und Wirtschaft.

So erläuterte Tobias Goldschmidt, Staatssekretär für Umwelt und Energie in Schleswig-Holstein, wie die Landesregierungen den Transformationsprozess in den einzelnen Bundesländern begleiten können und welche zentrale Rolle eine arbeitsfähige Bundesregierung spielt, die dafür Rahmen und Ziel vorgeben muss.

Die Foren am Nachmittag boten weitere Anregungen für Zusammenarbeit in den Bereichen IT-Sicherheit von Strom- und Gasnetzen, öffentlichem Nahverkehr und in der Stadtplanung. Im Workshop zur Vermeidung von Plastikmüll gingen die Teilnehmenden im Selbstversuch der Frage nach, wie man einerseits im Alltag möglichst viel Müll vermeiden kann und wie andererseits eine landesweite Strategie zur Abfallvermeidung aussehen könnte.

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de
Redaktion: Anne Vetter,
Andreas Jahnel-Bastet (V.i.S.d.P.)